

„Alltag eines evangelischen Pfarrers“

Tagung in der Akademie für politische Bildung in Tutzingen unter dem Thema: „Der Schein der Normalität – Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur“

Vortrag am 21.10.2000

Der Vortrag wurde veröffentlicht durch Vollnhals, Clemens und Weber, Jürgen (Hrsg.): **„Der Schein der Normalität – Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur.“** Olzog Verlag München, 2002, S. 323 ff.

Ein Satz aus der Bergpredigt Jesu steht über den Vortrag:

„Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“ (Matthäus 5,37)

Zwei Gegenstände habe ich mitgebracht. Sie sollen die Mitte meines Glaubens und die Hoffnung meines Handels symbolisieren. Es ist eine Bibel, die mir 1970 zur Ordination übergeben wurde. Es ist eine brennende Kerze, die sich hinter Stacheldraht befindet. Symbole dringen in andere Dimensionen und ungeahnte Tiefen, die dem Verstand verborgen sind, aber vom Gefühl real empfunden und erhofft werden. Solche Zeichen braucht man besonders in widerwärtigen Zeiten. Die Bibel und das Kerzensymbol waren und sind meine Wegbegleiter.

1.) Standortbestimmung

Ich habe die ganzen 40 Jahre in der DDR gelebt. Diese Jahre der sozialistischen Gesellschaft haben mich geprägt. Ich kann sie nicht wegwischen oder leugnen, denn sie gehören zu meinem Leben. Sie waren keine vertane Zeit, denn ich bemühte mich, für Menschen dazusein und Nächstenliebe zu üben. So will ich meine persönliche Geschichte, die nicht spektakulär war, erzählen. Es war mein Alltag.

Meine Biografie möchte ich kurz anreißen. Sie macht mein Denken und Handeln verständlicher. 1944 wurde ich in Waldenburg/Schlesien geboren. Im Sommer 1946 wurde meine Familie vertrieben, und wir mussten sowohl in einem Treck als auch im Viehwaggon Schlesien verlassen. Später erfuhr ich aus den Erzählungen der Eltern auch von den Grautaten, Plünderungen und Vergewaltigungen, die zuerst von den Russen und später von den Polen begangen wurden, so wie es immer in den Wirren der Kriege und in der Nachkriegszeit üblich ist. Jedenfalls stimmten die Erlebnisberichte nicht mit der offiziellen Darstellung überein. Damals musste meine Familie mehrere Wochen im Lager bei Elsterberg hinter Stacheldraht hausen. Dann wurden wir als Flüchtlinge in das Dorf Gelenau bei Kamenz transportiert und dort auf einem Bauerngut untergebracht. In Gelenau habe ich meine Kindheit verlebt, die von Armut, Not und Diskriminierung gekennzeichnet war. Ich musste am eigenen Leibe erleben, was Hunger heißt. Meine Eltern kämpften ums Überleben. Mein Vater war ein sogenannter „Zwölfender“, der 1932 in das 100 000-Mannheer der Wehrmacht eintrat und im Dritten Reich Soldaten ausbildete. Er brauchte nicht an die Front und geriet nicht in Gefangenschaft. In Gelenau bekam er auf Grund seiner Militär-Vergangenheit weder eine Arbeit noch eine Anstellung. Er machte sich selbständig und fertigte Strohschuhen an, so wie er es in seiner Kindheit von seinen Eltern gelernt hatte. Warmes Schuhwerk war eine begehrte Handelsware. Daraus entwickelte sich eine Schusterwerkstatt. Später hat er eine Frostschutzmatten- und Fußabtreterfabrik gegründet und Arbeiter angestellt. Er wurde dadurch zum Kapitalisten. Zum Schluss hat er noch eine Betonfirma aufgebaut. Diese Kindheit hat Spuren hinterlassen. Es sind zwei Urerlebnisse:

- Ich wurde immer wieder als Flüchtlingskind bezeichnet und behandelt. Ich war ein Fremder, ein Ausgestoßener und gehörte oft beim Spielen nicht dazu. Das tat weh und sitzt immer noch tief!

- Ich wurde von der roten Klassenlehrerin als Kapitalistensohn bezeichnet und vor der Klasse bloßgestellt. Als Kapitalistensohn durfte ich z. B. nicht an der Schulspeisung teilnehmen, obwohl wir oft nur Brot und Sirup auf dem Tisch hatten und Fleisch nur von der Freibank kaufen konnten. Diese Ausgrenzung und Diskriminierung haben mich gekränkt.

Jetzt wage ich zu behaupten, dass ich bis heute keine Berührungsängste vor Menschen habe, die ausgestoßen, notleidend schwach, benachteiligt, diskriminiert, asozial, behindert ... sind. Ich kann mich in sie emotional hineinversetzen und für sie Verständnis aufbringen. Ich habe versucht, solche Menschen in die Kirchengemeinde aufzunehmen, obwohl dieses nicht zu meinen offiziellen Pflichten gehörte und es angeblich dem Image der Kirche schadete. Ich bin weder dafür berufen, beauftragt, noch legitimiert worden. Ich habe mir die Menschen nicht ausgesucht, sondern sie lagen vor der Tür der sozialistischen Gesellschaft und der Kirche. Ich habe mir das Recht genommen, für sie eine Art Anwalt zu sein. Ich nahm mich ihrer Alltagsprobleme an. Für mich spielte die Kirchenmitgliedschaft keine Rolle, sondern die Gewissheit, dass Jesus es ähnlich getan hätte. Dieser Glaube hat mich angespornt, und ich habe mich auf Gottes Wort und Verheißung eingelassen. Das Handeln und nicht das Reden war mir wichtig. Ich sah meine zusätzliche Arbeit als ein stellvertretendes Handeln der Kirche an. Aber ich muss gestehen, dass ich oft großes Herzklopfen hatte und unsicher war. Ich habe ein Stück evangelische Freiheit gelebt. Im bürgerlichen Sinne zeigte ich Zivilcourage, aber aus Sicht des christlichen Glaubens nenne ich es Gehorsam. Ich habe die Freiräume – „Narrenfreiheiten“ –, die andere Berufssparten nicht hatten, genutzt. Dadurch bin ich zum Störenfried und Unruhestifter sowohl beim Staat als auch in der Institution Kirche geworden. Ich passte mit meiner Arbeit nicht in das Klischee des Pfarrers. Die Arbeit wurde zwar von der Amtskirche geduldet, aber sie war im Prinzip nicht gewollt. Die politischen Umstände brachten es mit sich, dass nach außen hin eine Geschlossenheit und Einmütigkeit dargestellt wurde, die aber nur Schein war. Die eigenen Leute sind mit staatlicher Empfehlung gegen mich heimlich vorgegangen.

Ich meine, dass ich meinen Part in der Zwickauer Geschichte gespielt habe, obwohl ich heute manchmal denke, zu wenig getan zu haben. Ich sah mich nie als Oppositioneller und Gegner der DDR, sondern ich betrachte mich als protestierenden Christen. Ein Protestant sollte ein Mensch sein, der für seinen Glauben öffentlich Zeugnis ablegt und für sein Bekenntnis auch Konsequenzen in Kauf nimmt, so wie es die Vorfahren während der Reformation oder die Märtyrer in der ersten Christenheit taten. Für mich ist Jesus das Vorbild eines Protestanten.

Von 5 Arbeitsfeldern werde ich berichten, die ich neben den regulären pfarramtlichen Pflichten übernahm. Die Darstellung erfolgt nicht unter dem Blickwinkel eines Historikers, sondern es sind alltägliche Ereignisse, die mir wichtig sind. An denen werden mein Glaube und meine Theologie erkennbar. Die Veränderungen, die zum Sturz der DDR führten, begannen nicht erst im Herbst 89, sondern viel früher. Eine Grobeinteilung, die hilfreich für das eigene Geschichtsverständnis ist und die auch hinter der Darstellung steht, möchte ich für die 80er Jahre vornehmen. Es sind 3 Etappen:

- 1980 bis 1987 war die Phase des Aufbegehrens und der Protestaktionen (Friedensdekade, Aktion Schwerter zu Pflugscharen, Arbeitseinsätze ...). Der Einzelne entdeckte, dass er wer war und etwas bewegen konnte. Die Gleichgesinnten fanden sich und bekamen Mut. Es bildeten sich Basisgruppen und man solidarisierte sich. Diese Leute in den Basisgruppen waren für den Staat gefährlich und wurden von der Stasi geheimdienstlich bearbeitet entweder

in operativen Vorgängen (OV) oder in operativen Personenkontrollen (OPK)¹. Diese allseitige und unsichtbare Beeinflussung schwebte wie ein Damoklesschwert über meinem Wirken. Für die Stasi war ich der OV „Kontrahent“. Bei mir wurde jedes Telefonat abgehört, die Briefe wurden geöffnet, inoffizielle Mitarbeiter (IM) sind bis in die Privatsphäre vorgedrungen, meine Kinder, Eltern und Geschwister wurden geheimdienstlich bearbeitet und sogar der eigene Kirchenvorstand ist von der Stasi gegen mich gesteuert worden. Auf meine Frau ist ein OPK „Versucher“ mit dem Ziel angelegt worden, einen Ehebruch zu organisieren, der öffentlich gemacht werden sollte, um die Landeskirche zu nötigen, mich von Zwickau wegzuzusetzen. Meine Arbeit war eine Gratwanderung oder ein nicht studierter Balanceakt auf einem Artistenseil ohne Netz.

- 1987 bis 1989 erfolgte in Zwickau eine Bündelung und Vernetzung der einzelnen Gruppen zum Konziliaren Prozess unter dem Thema: „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Erwin Killat (OV „Konzil“) hat diesen Gedanken nach Zwickau getragen und wurde zum „Vater“ dieser Bewegung. Die Unmündigkeit wurde abgestreift. Es war ein Befreiungsvorgang. Es wurden Strukturen geschaffen, um die Gedanken des Konziliaren Prozesses unter die Bevölkerung zu bringen. Eine DDR-weite Solidarisierung fand statt. Es begann eine Bewegung vom Konziliaren Prozess zu den Friedensgottesdiensten bis hin zu den Demonstrationen auf der Straße.

- Ab Herbst 1989 begann die Phase der Aufspringer und Trittbrettfahrer. Für mich waren sie die DDR-Angepassten, die geschwiegen, devot alles mitgemacht und nichts riskiert hatten, aber jetzt nach vorn und oben strebten. Sie gehören zur Kategorie der Wendehälse, die in jeder Gesellschaft und auch in der Kirche zu finden sind. Nach ihren heutigen Erzählungen gehörten sie mit zu den angeblich 16 Millionen Widerstandskämpfern der DDR. Aber sie sind es, die den Abstoßungsprozess der Basisgruppen unter dem Deckmantel der jetzigen Demokratie betrieben und umgesetzt haben. Oder pointierter ausgedrückt, sie brachten das Werk der Polarisierung, Differenzierung und Zersetzung, das von der Stasi begonnen wurde, zu Ende. Die Basisgruppen sind aus der Kirche gedrängt worden.

2.) 5 Arbeitsfelder aus meinem Pfarreralltag

1. Ökoarbeit

1981 kam ich als 2. Pfarrer (Archidiakon) an den Dom St. Marien zu Zwickau. Vorher war ich fast 12 Jahre in Quesitz bei Leipzig Pfarrer. Der Dom ist eine Zentralkirche mitten in der Stadt. Diese Lage begünstigte offene Arbeit und für mich war Mission eine Chance. Jeder durfte kommen und war gern gesehen. Am Dom war der Jugendliche Michael Paschold hauptamtlich als Küster angestellt. Er besaß eine kircheneigene Wohnung in einem Hinterhaus. Er lud öfters Jugendliche ein und feierte mit ihnen. Sie hörten Musik, spielten zusammen und übernachteten mitunter bei ihm. Eines Tages hatten sie die Idee, den Hinterhof freundlicher zu gestalten. Die Gedanken wurden in die Tat umgesetzt, die Haustüren wie die Mülltonnen sind mit bunten Blumen bemalt worden. Dann meinte man, die Stadt etwas freundlicher gestalten zu müssen. Die Jugendlichen sind mit Plastesäcken durch die Stadt gezogen und haben das herumliegende Papier und den Unrat eingesammelt und anschließend entsorgt. Durch Zwickau fließt die Mulde, die als Müllkippe benutzt wurde. Die Jugendlichen zogen Autoreifen, Schrott, Leiterwagen ... heraus und reinigten sogar ein Stück Uferpromenade. Sie forderten die Stadtverwaltung auf, die Dreckberge zu beseitigen, was auch geschah. In der Weihnachtszeit 1983, als die Hochrüstung zwischen Ost und West auf

¹ In der Ausarbeitung werden die OV/OPK und die IM's mit erwähnt, damit erkennbar wird, wie die Stasi versuchte, überall konspirativ einzudringen, Informationen zu sammeln und die Geschehnisse zu beeinflussen. Dabei sind einige zu Verrätern geworden. Es hat den Anschein, wer sich in die von mir angebotene Arbeit einbrachte und engagierte, der wurde von der Stasi erfasst.

Hochtouren lief, gingen die Jugendlichen auf den Weihnachtsmarkt und haben den Besuchern brennende Kerzen als Zeichen des Friedens geschenkt. Sie kleideten sich als Engel mit Bettlaken. Diese Aktion wurde von der Stasi als Vermummungsaktion ausgelegt und untersucht.

Bei einem Kaffee erzählte mir Herr Paschold, dass gestern wieder einmal die Polizei in seiner Wohnung war. Er schilderte mir folgenden Hergang: Es klingelte an der Wohnungstür. Beim Öffnen standen zwei Uniformierte davor. Einer setzte sofort seinen Fuß zwischen Tür und Schwelle, damit die Tür nicht zugeschlagen werden konnte. Ohne zu fragen drangen sie in die Wohnung ein, durchsuchten alle Räume, kontrollierten die Ausweise der Anwesenden und machten sich entsprechende Notizen. Dieses sei in der letzten Zeit häufig vorgekommen. Für mich war das ein Zeichen äußerster Gefährdung, die Gruppe und ihr Tun wurden beobachtet. Ich schlug innerkirchlichen Alarm. Ich informierte Superintendenten Günther Mieth (OV „Geier“) und unterrichtete den Kirchenvorstand. Im Kirchenvorstand kamen wir überein, dass der Superintendent einen Brief an die Direktion des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) schreiben sollte, was er auch umgehend tat. Darin wurde klargestellt, dass diese Personenfeststellungen in einem privaten Wohnraum ohne Hausdurchsuchungsbefehl erfolgte und dass die Arbeit des Kirchners Gemeindearbeit sei. Die Antwort vom VPKA enthielt die Entschuldigung, die Streifenpolizisten hätten nicht sachgerecht gehandelt. Der Kirchenvorstand hat daraufhin mit Herrn Paschold einen neuen Mietvertrag abgeschlossen. Es wurde festgeschrieben, dass seine Wohnräume auch für die kirchliche Jugendarbeit genutzt werden. Wir haben beobachten können, dass die Polizei keine weiteren Kontrollen durchführte.

Im Frühjahr 1984 wurde Herr Paschold zu den Bausoldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) einberufen und sein Freundeskreis besaß kein Zuhause mehr. Ich kümmerte mich um die ökologischen Interessierten und lud sie ins Domgemeindehaus ein. Sie nahmen das Angebot an, weil ich schon vorher bei ihnen ein- und ausging. Daraus hat sich ein systematisch arbeitender Ökokreis gebildet. Es stießen weitere Jugendliche von der sozialdiakonischen Arbeit der Stadtmission hinzu, die Diakon Frank Kirschneck (OV „Kreis“) aufgebaut hatte.² Der größte Teil nahm auch bei mir am Glaubenskurs teil und ließ sich taufen oder konfirmieren. Sie sahen in der Ökogruppe ein Betätigungsfeld, in dem sie ihr Christsein konkret umsetzen und Verantwortung übernehmen konnten. Jörg Banitz (OV „Kreis“), der später nach dem Ausscheiden und Tod von Herrn Paschold Domkürster wurde, hat den Ökokreis bis Herbst 1989 selbständig geleitet.

Die Jugendlichen hatten sich zur Aufgabe gestellt, die Bevölkerung auf die schlimmen Umweltprobleme, die totgeschwiegen wurden, aufmerksam zu machen und sie dafür zu sensibilisieren. Aus heutiger Sicht ist es unverständlich, dass es nach den staatlichen Angaben keine Umweltprobleme gab. Es wurden Umweltabende mit Kabarett, Bibel, Verkündigung und Meditation unter dem Thema „Es grünt so grün ... oder nimmt der Dreck die Farbe weg“, organisiert. Die Schauspielerinnen Ute Ziedrich-Bünig und das Musikerehepaar Ronny und

² Kirschneck hat in der Robert-Müller-Straße in einem Abbruchhaus eine Wohnung ausgebaut, die von den Jugendlichen mit ausgestaltet und bemalt wurde. Sie wurde als „Kiste“ bezeichnet. Kirschneck hat eine offene diakonische Jugendarbeit betrieben, die sich um kirchenferne und gefährdete Jugendliche (Arbeitslose, Strafgefangene, Alkoholiker, Aussteiger ...) kümmerte. Später hat er die Räume unter der Lutherkirche zum sogenannten „Lutherkeller“ umgebaut. Dort wurde eine offene und ansprechende Jugendarbeit möglich. Der Lutherkeller ist zum alternativen Zentrum der Stadt geworden, wo u. a. auch Stephan Krawczyk zum regelmäßig stattfindenden Liederabend eingeladen wurde. Wenn Jugendliche am Glauben interessiert waren, wurden sie zu mir in den Glaubenskurs am Dom empfohlen. Das gute Miteinander zwischen Dom und Sozialdiakonie war eine segensreiche Zeit. – Aber diesen Weg hat auch die Stasi benutzt, um IM's in die Kirche und in meine Arbeit einzuschleusen z. B. der Schuster Frank Gille als IMB „Christoph Höhne“, der Lehrling für Fertigungsmittel im Sachsenring Peter Linsener als IMS „Alex Wirth“, der Anlagenfahrer bei der Wismut und Hobbyfunker Josef Miszler als IMS „Horst Kolbe“... Im Auftrag haben sich die IM's taufen oder konfirmieren lassen und später hat mitunter sogar die Stasi die Kirchensteuer bezahlt. Durch die schriftlichen Berichte der IM's ist diese Zeit gut dokumentiert. Ich selber habe kein Tagebuch geschrieben, denn das hätte gefährlich werden können.

Conny Hofmann haben mit ihren Fähigkeiten die Jugendlichen ausgebildet, öffentlich aufzutreten. Das Programm wurde in Zwickau, Schneeberg, Annaberg, Glauchau, Werdau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal, den kirchlichen Jugendtagen ... aufgeführt. Dabei wurde u. a. auch ein Erlenmeyer-Glaskolben mit Muldenwasser herumgereicht, aus dem ein stechender Geruch ausströmte und ein verdorrter Tannenbaum gezeigt, der auf das Waldsterben des Erzgebirges hinwies. Neben den Umweltabenden sind verschiedene Arbeitseinsätze organisiert worden, die über den Rat der Stadt innerhalb des Stadtgebietes stattfanden. Später wurden diese Einsätze fast nur auf dem Kirchengelände oder im Kirchenwald durchgeführt. Es dauerte nicht lange, so wurden der Superintendent und ich zum Oberbürgermeister Heiner Fischer ins Rathaus bestellt.³ Es wurde mir vorgeworfen, dass ich mich in staatliche Angelegenheiten einmischte, da die Umwelt ausschließlich Sache des Staates sei; dass ich Angriffe auf den Sozialismus und den Staat provozierte; dass ich eine illegale Organisation bildete; dass ich das Veranstaltungsgesetz verletzte; dass ich die Jugendlichen aufputschte; dass es in der Kirche keine eigenständige Umweltpolitik geben darf; dass ich mich ausschließlich um religiöse Dinge zu kümmern habe und nur auf christliche Bürger Einfluss nehmen darf, einen ordentlichen Standpunkt zu erlangen.

Die Folge dieser staatlichen Konfrontation war, dass der Kirchenvorstand beschloss, ab jetzt die Ökogruppe offiziell zu einem festen Bestandteil der Domgemeinde zu machen. Ihr wurde der Namen „Christ und Schöpfung“ gegeben. Die wöchentlichen Veranstaltungen sind in den Kirchenboten mit aufgenommen worden, und ich hatte offiziell die Verantwortung zu tragen. Die Basisgruppe ist bei dieser Entscheidung weder mit einbezogen noch befragt worden, aber sie nahm dankbar an, dass sich der Kirchenvorstand und der Superintendent schützend vor sie stellte. In dieser Situation war der Beschluss richtig. Die Fürsorge- und Obhutspflicht wurde wahrgenommen.

In dieser Zeit entstand ein Gesprächskreis von Akademikern, in dem neben ökologischen Problemen auch theologische, ethische, politisch, soziale und psychologische Fragen erörtert wurden. Die Stasi hat diesen in der OPK „Forum“ erfasst, bearbeitet und versucht, einen IM einzuschleusen, was jedoch nicht gelang.

Die Gemeindhelferin Ute Böhme (OV „Konform“) hat engagierte Frauen um sich geschart. Daraus ist eine feministische Frauengruppe geworden, die zielgerichtet die Frauenfeindlichkeit der DDR-Gesellschaft anklagte und neue Lebensformen von Gleichberechtigung anbot. Diese Basisgruppe ist von der Stasi mit IM's unterwandert worden.

2. Gottesdienst neu erlebt

Die Glaubenskursteilnehmer zeigten nicht nur Interesse für die Ökoarbeit, sondern einige setzten sich für eine Neugestaltung des traditionellen Gottesdienstes ein und haben ihre Begabungen eingebracht. Sie organisierten, dass an bestimmten Tagen ein „Gottesdienst neu erlebt“ in der Domgemeinde stattfand. Besondere Ereignisse oder Gedenktage wurden bewusst unter Gottes Wort gestellt und nicht nur der Gemeinde, sondern für die ganze Bevölkerung angeboten.⁴ Die Einladungen konnten nicht über die Presse gehen. Das war

³ Die Gespräche fanden am 4.12.1984 und 28.05.1985 statt; zugegen waren der Stellvertreter des Bürgermeisters für Inneres Rolf Stowasser, Stadtrat Dr. Werner und der Referent für Kirchenfragen Günther Zöphel als IME „Ludwig“; auf dem Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt ist mit dem Landeskirchenamt am 18.12.1984 ein ähnliches Gespräch geführt worden, von dem ich erst aus dem Aktenstudium erfuhr. Es war eine konzertierte Aktion.

⁴ Es waren im Schnitt 3 bis 4 Gottesdienst, die intensive vorbereitet wurden, z. B. 8. März (Internationaler Frauentag), 1. Mai, 8. Mai (Befreiung vom Hitlerfaschismus), 6. August (Abwurf der 1. Atombombe auf Hiroshima), 1. September (Weltfriedenstag), 9. November (Reichskristallnacht), Friedensdekade, zu den Christvespern am heiligen Abend, zur Auferstehungsfeier am Ostermorgen, aber auch zu anderen Gottesdiensten habe sich die jungen Christen mit eingebracht. Die Personen, die sich engagierten, sind entweder in den bereits erwähnten OV's oder in neu angelegte Vorgänge bearbeitet worden z. B. OV „Kontraste“, „Konzept“ ...

nicht möglich. Da der Dom mitten im Stadtzentrum steht, sind die Fenster zur Plakatierung benutzt worden. Ein Anliegen der Gottesdienste war, nicht nur Gottes Wort zu verkündigen, zu singen und zu beten, sondern das Gehörte in die Tat umzusetzen und selber aktiv zu werden. Eine Veränderung oder ein Neuanfang sollte nicht von den anderen gefordert werden, sondern konnte zuerst bei sich selber beginnen und zur Nachahmung anregen. Umkehr und Neuanfang wurden nicht als Forderung angesehen.

Erinnert werden soll auch an die innerkirchlichen Schwierigkeiten, die bei den „Gottesdienste neu erlebt“ über die Jahre hinweg bestanden. Am Dom gab es 2 Kirchenmusiker: Kantor und Kirchenmusikdirektor Paul-Eberhard Kreisel und den Organisten Günther Metz⁵. Beide hatten etwas gegen neue Lieder und andersartige Musik. Die Auseinandersetzungen wurden bis hin zum Landeskirchenamt getragen und als Kompromiss habe ich dann musikalische Elemente in die Verkündigung aufnehmen müssen. Dieses Recht habe ich mir als Pfarrer nicht nehmen lassen. Hervorheben möchte ich den Michaelstag 1986. Es wurde ein Gottesdienst vorbereitet und gestaltet unter dem Thema: „Kinder an die Macht.“ Das war der Titel eines Liedes von Herbert Grönemeyer und sollte von der Schallplatte abgespielt werden. Für die Kirchenmusiker war das eine Konserve, die nichts im Dom zu suchen hatte. Ich habe dann diesen Titel während der Predigt einspielen lassen.

Im Vorfeld des Gottesdienstes habe ich mich mit der Jugendfürsorgerin Frau Charlotte Liebold und dem Staatsanwalt Herrn Seelinger auseinandergesetzt, um konkrete Informationen über die wirkliche Situation von Problemkindern aus Zwickau zu erhalten. Diese Tatsachen habe ich im Gottesdienst dargelegt und ausgesprochen. Als besondere Aktion sind im Gottesdienst Pakete und Päckchen gepackt worden, die an Kinder in Kinderheimen geschickt wurden. Elemente dieses Gottesdienstes sollten auch zum Nationalfeiertag der DDR am 7. Oktober, an dem der Dom für die Bevölkerung geöffnet war, eingebracht werden.

Einen Tag vor dem Nationalfeiertag wurden der Superintendenten und ich zu einem Disziplinierungsgespräch zum Oberbürgermeister geladen. Er stellte fest, dass der Gottesdienst „Kinder an die Macht“ ein Angriff auf den sozialistischen Staat war und dass das sozialistische Gesundheitswesen und die Sozialpolitik der DDR verleumdet würden. Ich hätte u. a. gesagt, dass in Zwickau jährlich zwischen 600 bis 800 Schwangerschaften legal unterbrochen würden, was aber Mord an wehrlosen Menschen sei; dass das jüngste geschlechtskranke Kind 9 Monate alt sei und das sei geschehen, weil der leibliche Vater, der geschlechtskrank war, sich an ihm vergangen habe; dass ein Kind ans Bett gefesselt wurde, bei dem das Geschlechtsteil zugebunden war, während sich die Eltern vergnügten. Er sagte, hier sei eine Einmischung in staatliche Angelegenheiten geschehen und eine Diffamierung der Staatsorgane; ich decke strafbare Handlungen und Verbrechen, die einer Anzeigepflicht unterlägen; ich spräche nicht die Wahrheit, weil das nicht geschehen wäre und ich wäre der einzige Zwickauer Pfarrer, der das gute Staat-Kirche-Verhältnis störe. Er werde als Bürgermeister dem Landeskirchenamt mitteilen, meine Versetzung zu veranlassen.

Der Superintendent wies sofort die Anschuldigungen zurück und schrieb später noch einen Brief, in dem er betonte, dass die öffentliche Verkündigung auch auf gesellschaftliche Prozesse einzugehen hat, dass die negativen Beispiele den Staatsorganen bekannt seien und erinnerte daran, dass ich als Pfarrer einer seelsorgerlichen Schweigepflicht unterliege und keine vertraulichen Informationen weiterzugeben habe.

Im Anschluss sind die staatlichen Anschuldigungen im Vorbereitungsteam diskutiert und ausgewertet worden. Wir kamen überein, bestimmte Elemente am 7. Oktober wegzulassen und nur ein Miniprogramm anzubieten. Das war ein Erfolg des Gespräches! Im Herbst führte der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mit dem Landeskirchenamt Gespräche, die meinen

⁵ Jedoch zum Organisten Metz muss auch gesagt werden, er hat oft seine Bedenken zurückgestellt und die Gottesdienste mit seinen einmaligen und unvergesslichen Orgelimprovisationen bereichert.

Weggang aus Zwickau zum Inhalt hatten. Daraufhin sind mit mir vier Kadergespräche geführt worden, die das Ziel hatten, die Domgemeinde zu verlassen. Mir ist freundlich und verbindlich gesagt worden, dass meine Fähigkeiten und Begabungen in einer anderen Gemeinde besser zur Entfaltung kommen könnten und dass ich in Zwickau fehl am Platze sei. Ich sollte weggelobt werden! Für mich war das Abwerben wie Honig ums Maul schmieren. Als sachlicher und objektiver Grund wurde angegeben, dass ich als Pfarrer zu viel am Dom sei, obwohl im Herbst 1986 erst die dritte Pfarrstelle durch Pfarrer Rudolf Hübler neu besetzt wurde.⁶

3. Amnestie-Arbeit

Sie begann im Herbst 1987, als eine allgemeine Amnestie zum 38. Jahrestag der DDR erfolgte. Sie war die größte seit der Gründung der Republik. Bis zum 12. Dezember 1987 wurden insgesamt 24 621 Personen aus den Gefängnissen entlassen.⁷ In der DDR waren der Strafvollzug und die Eingliederung Tabuthemen. Sie unterlagen ausschließlich den Staatsorganen. Für mich lag diese Aufgabe, sich um diese Amnestierten zu kümmern, vor der Tür der Kirche. Als Pfarrer konnte ich von diesem gesellschaftlichen Problem wegsehen und die Nöte der Haftentlassenen übergehen, denn das gehörte nicht zu meinen Pflichten. Aber ich bin auf diese Menschen zugegangen. Die Aussage Jesu, die ich damals in einer Predigt für die Partnergemeinde aus Bad Bramstedt auslegte, hat mich nicht zur Ruhe kommen lassen: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Da spricht Jesus konkret aus: „Ich bin gefangen gewesen und ihr seid zu mir gekommen.“ Matthäus 25,31ff)

5 Zwickauer waren es, die die bevorstehende Amnestie als eine Herausforderung für die Kirche ansahen: Frank Kirschneck, Günter Kreusel (OV „Kontraste“), Ursula Nike, Hans Bahr (IMB „Uwe Schaarschwert“) und ich.⁸ Wir wollten nach all unseren Kräften und Möglichkeiten den Amnestierten Hilfe anbieten. Das erste Mal trafen wir uns am 29. September in den Räumen der Inneren Mission. Wir stellten rasch fest, dass keiner eine Ausbildung, entsprechende Sachkenntnis noch Erfahrung hatte. Keiner war im Besitz entsprechender Gesetze und Rechtsvorschriften. Für diese Arbeit standen uns auch keine Fachbücher zur Verfügung. Ebenso fehlte es an Geldern, aber wir erhielten die Unterstützung vom Superintendenten und dem Leiter der Stadtmission Christian Albrecht (OV „Harmonie“). Es war der Wille, der uns zusammenführte und -hielt, für diese Menschen dazusein, ihnen beizustehen und sie in den Alltag zurückzuführen. Sie sollten spüren, hier in Zwickau leben Christen, die Verständnis für alle Nöte aufbringen und die schwierigen Wege der Eingliederung mitgehen.

Wir haben uns juristischen Beistand eingeholt. Der amtierende Kirchenamtsrat Andreas Richter (OV „Berater“) hat uns mit seinem juristischen Wissen unterstützt. Ich persönlich habe von ihm als Laie sehr viel gelernt, z. B., dass man entsprechendes Fingerspitzengefühl aufbringen muss, wie man einerseits die bestehenden Gesetze einhält und andererseits die entsprechenden Freiräume – „Schlupflöcher“ – ausschöpft. Er verglich das Gesetz mit einem Sieb: Je feinmaschiger es wird, um so mehr Löcher sind in ihm. So hat er festgeschriebene DDR-Gesetze erläutert und uns immer wieder Hoffnung gemacht, die Schlupflöcher zu

⁶ In den Akten ist sogar zu lesen, Hüblers „Einsatz in der Domgemeinde sei vom Landeskirchenamt auch unter dem Gesichtspunkt des „Wirkens“ von Pfarrer Dr. Käbisch erfolgt.“ Aktennotiz vom 8.10.1987 eines Gespräches zwischen Hübler und Zöpfel; BStU Chemnitz XIV 1523/74, Bd. II, V, Bl. 20.

⁷ Aus dem Artikel der „Freien Presse“ vom 14.12.1987, S. 2.

⁸ Kirschneck brachte auf Grund seiner Ausbildung und als Arbeiter im Sozialbereich die meiste Erfahrung mit; Kreusel war Pfarrer der Herrnhuter Gemeinde, Frau Nike war Sozialbetreuer der Inneren Mission, Hans Bahr als Kraftfahrer war ein Insider, denn er hatte ca. 10 Jahre selbst im Gefängnis gesessen und kannte damit die Gefängniswelt von innen und die Schwierigkeit nach der Entlassung; kurzzeitig war der Haftentlassene Hans-Herbert Kuhl dabei; Pfarrer Johannes Schubert, stieß später zur Amnestiegruppe hinzu und engagierte sich.

nutzen. Ebenso gehörte zum Rechtsbeistand die Zwickauer Rechtsanwältin Ruth Knoll, die für uns eine kostenlose Beratung durchführte und gehbare Wege aufzeigte. Mit ihr konnte ich so manchen Fall durchsprechen.

Ab Oktober erhielten politisch Gefangene, Straftäter und Asoziale mit der Amnestie die Chance, ein neues Leben zu beginnen. Aber sie waren darauf nicht vorbereitet und mitunter nach mehrjähriger Haft psychisch unfähig, Dinge des normalen Alltages zu meistern. Dazu kam noch, dass ihnen eine soziale Kälte entgegenschlug. Keiner wollte sie haben. Sie waren stigmatisiert, denn sie passten nicht in das Menschenbild des real existierenden Sozialismus. Sie mussten Auflagen erfüllen, die kaum zu schaffen waren.⁹ Mein Eindruck war, dass eine Art Hexenjagd getrieben wurde, um sie schnell wieder hinter Gitter zu bringen.

Die Amnestiegruppe hat ca. 40 Leute betreut und teilweise strapaziös begleitet. Wir haben uns als Gesprächspartner angeboten, Vertrauen aufgebaut, konkrete Hilfe dargereicht und Behördenängste genommen. Wir haben uns als Fürsprecher eingesetzt, neue Familienbände geknüpft oder sogar Familienanschluss gefunden. Wir gingen gemeinsam zu den Ämtern, in die Betriebe und zur Polizei. Wir halfen bei der Beschaffung von Kleidung, Möbeln und Kohlen. Wir renovierten die Wohnungen, verwalteten das Geld, schrieben versöhnliche Briefe an Familienangehörige und Schuldner. Zu denen, die wieder ins Gefängnis einfuhren, ist der Kontakt aufrechterhalten worden. Es wurden Briefe geschrieben und Päckchen gepackt. Es sind Verbindungen zu den Gefängnispfarrern hergestellt worden, Besuchserlaubnisse sind beantragt und bei Genehmigung Besuche durchgeführt worden. So bin ich als Besucher in die verschiedensten Strafvollzugsanstalten der DDR gekommen. Über Superintendent Mieth haben wir uns auch bemüht, einen Erfahrungsaustausch oder Sachgespräche mit den staatlichen Stellen zwecks Wiedereingliederung¹⁰ zu führen. Diesem Anliegen ist nicht entsprochen worden.

Diese Betreuung, Beratung und Unterstützung kostete Geld. Im Haushaltsplan der Domgemeinde war dafür kein Posten vorgesehen und die Seelsorgekasse hat nicht ausgereicht. Der Bäckermeister und Konditor Dr. Bernd Engelmann hat für diese Amnestiearbeit stets ein offenes Ohr gehabt und hat sie finanziell unterstützt. Ohne viel Worte brauchte ich nur eine Summe zu nennen, und er hat ohne Spendenquittung den Betrag zur Verfügung gestellt. Er stellte nur eine Bedingung, dass ich niemanden davon etwas erzähle.¹¹ Einen besonderen Härtefall möchte ich erwähnen, dessen Familie von ihm besonders unterstützt wurde. Der Fensterputzer Uwe Kinzel (OV „Fenster“) wurde wegen politischer Witze zu einer 18-monatigen Haftstrafe, die er über ein Jahr absitzen musste, verurteilt. Seine Frau mit zwei Kindern, wovon der jüngste Sohn todkrank war, konnte aus diesem Grund nicht arbeiten gehen. Sie hatte nur das Nötigste zum Leben. Für die Frau war es nicht nur der finanzielle Betrag, der weiterhalf, sondern das Gefühl und die Gewissheit, dass ihre Not gesehen wird und Leute an sie denken. Diese symbolische Handlung gibt Kraft, Mut und Energie zum Aus- und Durchhalten.

Über die Amnestiearbeit ist es gelungen, z. B. Frau Marita Pach aus dem Cottbuser Gefängnis zu holen. Sie hat mehrere Wochen in unserer Wohnung in einer Art Asyl gelebt. Dieser Aufenthalt ist den staatlichen Organen gemeldet worden, und sie wurde nicht abgeholt.

⁹ Die Amnestierten erhielten zwar möblierten Wohnraum, der sich oft in einem katastrophalen Zustand befand; eine Arbeitsstelle wurde ihnen zugewiesen; jedoch sie unterlagen strengsten Kontrollmaßnahmen; ihnen wurde ein staatlicher Betreuer zugeteilt; sie musste sich stets bei der Polizei melden; sie waren mit ihrem besonderen Personalausweis PM 12 jederzeit erkennbar; sie durften mitunter den Wohnort nicht verlassen; sie mussten regelmäßig arbeiten ... Wer diese Auflagen nicht erfüllte, der hat bereits eine Straftat begangen, wurden erneut verurteilt und wieder weggesteckt oft mit einer höheren Haftstrafe.

¹⁰ An diese Stelle wandte ich mich immer als Seelsorger der Haftentlassenen. Die Vorsitzende der Wiedereingliederung war Christa Schiffner und arbeitete für die Stasi bei der Kriminalpolizei in der Abteilung K I; weitere Mitarbeiter der Wiedereingliederung waren u. a. Jürgen Willig als IMS „Erich Siebers“ und Klaus-Dieter Barner als IMS „Bernd Günther“.

¹¹ Es ist mit Herrn Engelmann abgesprochen, jetzt seinen Namen zu nennen.

Dietmar Walther konnte durch Kassation freikommen. Bei der Abfassung der Kassationsschrift hat Frau Knoll mitgeholfen. Das war damals ein kühner Vorgang, der im DDR-Maßstab fast einmalig war. Heute leben beide in Freiheit, wurden nicht wieder straffällig und zu ihnen bestehen immer noch Kontakte. Ebenso ist Jörg Franke, der mehrere Jahre in Waldheim auch in der dortigen Psychiatrie zubringen musste, betreut worden. Er wurde oft monatelang in Einzelhaft oder in die Isolierzelle weggesteckt.¹²

Neben dieser intensiven Arbeit mit den Strafgefangenen sind 1988 zwei „Gottesdienste neu erlebt“ unter dem Thema: „Entlassen und wie weiter“ ausgestaltet und für die Bevölkerung angeboten worden. Dabei spielte auch das Symbol der brennenden Kerze hinter dem Stacheldraht eine Rolle. Es war die Zeit, als viele Verhaftungen von Antragstellern auf Ausreise erfolgten. Mit den Angehörigen ist vorher abgesprochen worden, dass ihre konkreten Einzelschicksale erwähnt werden durften und die Namen öffentlich auf die Fürbittenliste gesetzt wurden. Es wurden auch Adressen von Inhaftierten bekanntgegeben, um diesen Strafgefangenen zu schreiben oder Pakete zu schicken. Ebenfalls sind Informationsblätter der DDR-Strafgesetzgebung mit konkreten Handlungshinweisen erarbeitet und vervielfältigt worden. Die Kollekte war für die Arbeit der Amnestiegruppe bestimmt.

Die Staatsorgane haben die Namen aus der Fürbittenliste registriert und entschieden, dass die politischen Fälle geprüft werden und die kriminellen unberücksichtigt bleiben.¹³

4. A-Leute in den A-Gottesdiensten

Der Buchstabe A steht für Ausreise. Es waren ungefähr 3,5 Millionen Bürger, die in 40 Jahren der DDR den Rücken gekehrt und den Staat verlassen haben.¹⁴ Heute ist es sehr schwer, die Not und Diskriminierung, die sie mit diesem Entschluss über sich ergehen lassen mussten, zu erahnen. Sie wurden mitunter wie eine persona non grata behandelt. Mit dem Antrag auf Ausreise gerieten sie zunehmend in Isolation. Sie wurden z. T. von den eigenen Familienangehörigen gemieden und die Behörden behandelten sie wie Aussätzige. Sie waren gesellschaftlich stigmatisiert. Sie haben sich teilweise selbst und bewusst bis in die Asozialität treiben lassen, weil sie damit zum Ausdruck bringen wollten, dass sie nichts mehr für den sozialistischen Staat übrig hatten. Die Asozialität sahen sie als Druckmittel an, die Aberkennung der Staatsbürgerschaft zu beschleunigen. So sind menschliche Härtefälle besonders nach Verhaftungen entstanden. Z. B. konnten allein zwei harmlose Zeichen zu Schikanen oder Gefängnis führen. A-Leute brachten in der Hutablage ein großes „A“ an oder klebten es an die Heckscheibe ihres Autos. Das verriet, dass sie den Ausreisantrag gestellt hatten. Oder sie banden an die Antennenspitze ihres Autos ein schwarzes oder weißes Bändchen als Zeichen dafür, ihr Antrag sei abgelehnt oder bewilligt. Das waren Sichtelemente, die in der Öffentlichkeit verboten waren. Das Anbringen dieser Symbole, auch wenn sie nach Aufforderung nicht entfernen wurden, konnte mit Haftstrafe geahndet werden.

Seit Februar 1988 kamen vier Antragsteller zum Sonntags-Abendgottesdienst in den Dom.¹⁵ Keiner hat sie gerufen. Sie waren einfach da und haben von sich aus andere eingeladen. Aus den vier Leuten wurden immer mehr, bis es dann im Sommer ca. 400 Gottesdienstbesucher

¹² Für Frau Pach hat sich Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe, der in den Stasi-Akten als IM „Sekretär“ geführt wird, eingesetzt, da sie aus Cottbus stammte. Ich habe nur einmal mit Stolpe telefoniert und ihm in groben Zügen diesen Fall geschildert, am nächsten Tag stand fest, dass die Frau nicht wieder ins Gefängnis gehen musste.

¹³ Aus der Parteinformation 416/88, BStU C-AKG 306, Bd 1, Bl. 198 ff.

¹⁴ Die Abwanderbewegung ist noch nicht gestoppt worden. In den letzten 10 Jahren haben ca. 1,5 Millionen Einwohner die neuen Bundesländer verlassen und sind nach den alten Bundesländern übersiedelt.

¹⁵ Es waren die beiden Ehepaare Roland und Petra Sarfert sowie Reinhard und Karin Tschentscher. Zu den herkömmlichen Abendgottesdiensten 18 Uhr kamen im Schnitt 1 bis 20 Besucher, manchmal fiel er auch aus, weil keiner kam.

waren. Es sprach sich herum, dass der Dom ein legaler Ort der Begegnung war, an dem man sich treffen, aufhalten und austauschen konnte. Es gab neuste Informationen. Sie kamen von weit hergereist. Das kirchliche Gebäude bot das schützende Dach, weil woanders eine Ansammlung von mehreren Personen bereits als stumme Demonstration verfolgt und bestraft wurde. Der Gottesdienst musste sich auf die Not dieser A-Leute einstellen. Ich habe mich für eine situativ-missionarische Verkündigung eingesetzt. Für mich war mit dem Amen der Gottesdienst nicht zu Ende, sondern ich bemühte mich, selbst das Verkündigte zu leben. Mein Engagement für die Betreuung der A-Leute führte erneut zu starken innerkirchlichen Auseinandersetzungen und Spannungen.

Der Pfarramtsleiter und die Mehrheit des Kirchenvorstandes vertraten die Meinung, diesen Gottesdienst absetzen zu müssen und die A-Leute des Domes zu verweisen, weil der größte Teil keine Christen sei. Sie würden die Veranstaltung benutzen, um damit ihre Ausreise zu beschleunigen. Das sei eine Provokation und würde das gute Staat-Kirche-Verhältnis belasten. Die A-Leute hätten mit ihrem Antrag selbst das Recht verspielt, kirchlichen Beistand und Unterstützung zu erhalten. Wenn man sich um sie kümmerte und auf ihrer Seite stand, wäre es kirchenschädigend. Mißbrauch der Kirche sollte verhindert werden. Damals ahnte ich nicht, dass diese Meinung vom Staat und der Stasi gefördert wurde. Es war für mich unverständlich, dass gerade diesen Menschen in ihren Nöten das Evangelium nicht verkündigt werden sollte. Superintendent Mieth unterstützte meine theologische Position.

Ich setzte mich dafür ein, dass dieser wöchentliche Gottesdienst ökumenisch eingebunden und von einem Team verantwortet wurde. Es fanden Besprechungen statt, bei denen die sich stets verändernde Situation bedacht und erörtert wurde. Der letzte Gottesdienst ist ausgewertet und der bevorstehenden geplant worden. Wir legten fest, dass der jeweilige Prediger den Gottesdienst zu verantworten hatte. Neben den 3 Dompfarrern sind der methodistische Superintendent Friedmar Walther (IMB „Waldemar“), der katholische Dekan Horst Hoffmann (OV „Dekan“), der Synodale Hans-Jörg Weigel (OV „Spaten II“) vom Königswalder Friedensseminar und andere Pfarrer aus Zwickau und Umgebung eingeladen worden. Sie schickte z. T. Vertreter. Es wurden juristische Beratungen mit dem amtierenden Kirchenamtsrat Richter und dem Rechtsanwalt Jürgen Meyer (IMB „Conradt“) aus Limbach-Oberfrohna durchgeführt.

Es wurden für die A-Leute Nachgespräche, Seelsorge, Beratung, Gemeindegänge, Glaubenskurs, Arbeitseinsätze, Domreinigung ... angeboten. Wir Pfarrer verwiesen immer wieder darauf, dass sie sich nicht nur auf den Dom konzentrieren sollten, sondern in die eigenen Heimatgemeinden gehen möchten, was aber selten beherzigt wurde. Öfters sind während des Gottesdienstes Gebete auf Zettel geschrieben worden, die an ein Holzkreuz mitten im Dom geheftet wurden. Es war mehr als ein symbolischer Akt. Es wurde daran erinnert, wer etwas in der DDR verändern will, der muss hierbleiben. Aber auch die Haltung, die DDR verlassen zu müssen, wurde akzeptiert, denn das gehört zur freien Entscheidung eines jeden einzelnen. Die Mahnung wurde oft ausgesprochen: Nicht unbedacht zu handeln und keine anstößigen Aktionen zu starten. Der Staat versteht keinen Spaß! Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Nur in Freiheit kann am meisten bewegt werden.

Wir hatten den Eindruck, die staatlichen Organe waren froh, dass die A-Leute in der Kirche ein Ventil für ihren Unmut fanden und wir als Kirche korrigierend einwirken konnten. Auf uns Pfarrer wurde gehört. Es drohten keine stummen Demonstrationen. Alles was geschah, war öffentlich und wurde auch im Gottesdienst angesagt. Die große Konzentration von A-Leute ist geduldet worden. Es gab keine Übergriffe oder Verhaftungen, aber die Stasi hat alles observieren lassen. Wir haben davon nichts gemerkt.

In die Seelsorge kamen sehr viele, und ich war fast ausschließlich der Ansprechpartner. Es entstand ein Vertrauensverhältnis. Die Ratsuchenden haben ehrlich ihre bisherigen Schritte preisgegeben. Die Anschriften von den Rechtsanwälten Barbara von der Schulenburg, Jürgen

Stang und Professor Wolfgang Vogel wurden weitergegeben. Ein Kurierdienst nach dem Westen bildet sich heraus. Namen von juristischen, medizinischen und psychologischen Helfern wurden mitgeteilt. Auch die Besuche in der Nikolaikirche in Leipzig und der Zionskirche in Berlin wurden besprochen und anschließend öffentlich ausgewertet. Man war um Solidarisierung und Öffentlichkeit bemüht. Ohne Zustimmung der Hilfesuchenden habe ich nichts unternommen. So habe ich mir Notizen angefertigt. Es war wichtig, Namen, Adressen, exakte Fakten und Einzelheiten zu besitzen, wenn es Härtefälle gab oder wenn Verhaftungen erfolgten. Die Daten der Personen habe ich Superintendent Mieth zukommen lassen, denn er hatte eine Verbindung zum Zwickauer Rechtsanwalt Dr. Peter Wetzig (IMS „Sascha“ oder „Dr. Peters“)¹⁶ knüpfen können. Er durfte die entsprechenden Härtefälle dort vorlegen. Nach einer gewissen Zeit konnte mit Erleichterung registriert werden, dass dieser Weg von Erfolg gekrönt war und die Antragsteller zügig ausreisen konnten. Das sprach sich natürlich herum und andere A-Leute drängten, auf diese Liste der Härtefälle zu kommen. Aber auch die Stasi hat über Seelsorge IM's eingeschleust, um Informationen zu sammeln und die kirchlichen Verbindungen auszukundschaften.¹⁷

Für die persönliche Sicherheit habe ich mir drei Vertrauensleute ausgesucht, die keine Pfarrer waren. Ich habe Ihnen eine Liste von Adressen aus dem Westen und dem Osten anvertraut. Die Drei haben sich bereit erklärt, sollte mir etwas passieren, die Adressaten von meinem Ergehen zu informieren. Sie wollten dann an die Öffentlichkeit gehen. Öffentlichkeit war ein Schutz.

Am 21. Juli 1988 sind Superintendent Mieth und ich ins Landeskirchenamt nach Dresden zitiert worden. Für mich war das kein Gespräch, sondern eine Disziplinierung. Mir wurde vorgeworfen, dass meine Predigten zu den A-Gottesdiensten Anstoß erregt haben bei den staatlichen Stellen. Das sei dem Landeskirchenamt im letzten Gespräch mit den Staatsorganen auf dem Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt mitgeteilt worden. Es wurden Predigtauszüge vorgelesen. Mir ist gesagt worden, dass ich die legitime Ebene der christlichen Verkündigung verlassen und fragwürdige wie staatskritische Äußerungen getan habe. Das Landeskirchenamt konnte sich nicht erklären, weshalb ich mich der Not dieser Menschen annehme. Ich würde an mangelnder Selbstbestätigung leiden. Deshalb betriebe ich diese Arbeit. Ich sei ein Mensch, der gern den Löwen in den Schwanz zwicke. Die staatliche Seite habe der Kirche angeboten, bestimmte Anträge auf Übersiedlung zu prüfen. Das sei ein Entgegenkommen des Staates. Für das Landeskirchenamt waren das vernünftige Töne, zumal Superintendent Mieth diese Anträge vorlegen durfte. Das war ein wohlwollendes Angebot. Der entstandene Gesprächsfaden sollte nicht durchschnitten werden. Deshalb wurde ich ermahnt, künftig keine politischen Ansprachen zu halten und mich bei der Arbeit mit den A-Leuten zurückzunehmen. Ich sollte den dringenden Wunsch der Kirche aussprechen, die Leute zum Bleiben in der DDR aufzufordern.

Was ich zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnte, die Phase einer neuartigen Kirchenbearbeitung war angelaufen. Die Stasi hatte eine Methode entwickelt und erarbeitet, die eigenen Kirchenleute gegeneinander aufzubringen und sich auszuschalten. Dabei ging es nicht grobschlächtig zu, sondern feinfühlig, grazil und sanft. Dabei ist der Weg einer geheimen Menschenführung beschritten worden, auf dem die neuesten Erkenntnisse der Psychologie angewendet wurden. Gewöhnlich ist über IM's herausgefunden worden, an

¹⁶ Wetzig war eine Art Unterhändler für den Rechtsanwalt Professor Vogel aus Berlin. Wetzig hat alle Dom-Fälle der Stasi vorgelegt, denn über ihren Tisch lief die Bearbeitung. Sogar die Gesprächskonzeptionen zwischen Mieth und Wetzig sind von der Stasi erarbeitet worden. In: PI 416/88, C-AKG 306, Bd. 1, Bl. 108 ff; PI 608a/88, C-AKG 321, Bl. 129 f. In einem Gespräch erzählte mir Wetzig sogar, dass er sich mit Mieth auch in der Tschechoslowakei wegen dieser Härtefälle getroffen habe.

¹⁷ Michael Wagner als IMB „Frank Müller“ sollte den Auftrag erhalten, auf Geheiß der Stasi den Ausreiseantrag zu stellen. Er hat sich mit seiner Familie von mir taufen bzw. konfirmieren lassen. BStU XIV 3154/79, Bd. I, I, Bl. 268 f.

welchen Stellen auch die integeren Menschen ansprechbar, beeinflussbar und verletzbar sind. So konnte die operative Bearbeitung auf die konkrete Person zugeschnitten und immer wieder aktualisiert werden. Es sind IM's, die Vertrauen oder Einfluss besaßen, eingesetzt worden. Sie wurden geschult, wie eine Beeinflussung auszusehen hatte. Sie verstärkten eigene Gedanken und Empfindungen oder dämmten diese ein. Entscheidungen und Handlungen wurden herbeigeführt, von denen man meinte, sie wären von einem selbst gekommen. So wurde Einfluss ausgeübt und auf Entscheidung gedrängt. Diese Vorgehensweise ist schwer zu beweisen. Man kann daran auch kein juristisches Vergehen oder gar eine Straftat feststellen, sondern hier wurden menschliche Werte und christliche Prinzipien unterlaufen. Der Gedanke, dabei etwas Gutes zu tun, ist verinnerlicht worden und wirkte nach. Das gehört mit zu den Langzeitschäden der Stasi wie die Folgen der Polarisierung, Differenzierung und Zersetzung. Wer ein moralisches Empfinden besitzt und eine christliche Sensibilität bewahrt hat, der sieht die Unlauterkeit dieses Geschehens. Das war Verrat. Dieses Verhalten vergiftete das Miteinander und zerstörte Vertrauen. Im letzten Abschnitt wird dieses behandelt.

5. Erinnerungsskizze bis zum 1. Friedensgebet am 16. Oktober 1989 im Dom

Montag, 9. Oktober

An diesem Tag durfte ich mit in der Nikolaikirche Leipzig sein und das historische Friedensgebet um 17 Uhr mit der anschließenden friedlichen Demonstration miterleben. Schon als ich mit meinem Trabi gegen 14 Uhr in die Stadt hineinfuhr, spürte ich, dass Gewalt in der Luft lag. Überall standen NVA-Soldaten, Polizisten mit Schild, Kampfgruppen, Hundestaffeln, Wasserwerfern und Mannschaftswagen zum Abtransport von Verhafteten. Die Uniformierten waren für den Einsatz zur Auflösung der feindlich-negativen Kräfte gerüstet und warteten auf den Befehl. Ich konnte ungehindert zur Nikolaikirche gelangen. Am Kirchturm hing ein Plakat: „Leute keine sinnlose Gewalt, reißt euch zusammen, laß die Steine liegen.“ Am Fenstergitter hingen Blumen zum Gedenken an die Verhafteten und Verletzten früherer Demonstrationen. Dieses Symbol sprach in der angespannten Situation für sich. Man hat sich darangehalten. Gewaltfrei war dieser Tag und der ganze Herbst 1989. Deshalb sei allen Verantwortlichen und Akteuren Lob und Dank!

Die Kirche war voll besetzt und wegen Überfüllung geschlossen. Es waren größtenteils vom Staat geschickte Leute, die 2 – 3 Stunden geduldig ausharrten. Mit Pfarrer Christian Führer (OV „Igel“) war abgesprochen, dass ich über eine Seitentür hineinkam. Während des Friedensgebetes merkte ich, dass um die Kirche herum eine große Menge Menschen stand und auf das Ende des Friedensgebetes wartete. Die Rufe sind mir unvergesslich: „Gorbi, Gorbi“, „wir bleiben hier“, „keine Gewalt“, „schließt euch an“, „Neues Forum zulassen“, „wir sind das Volk“, „Freiheit“... Man hörte auch den Aufruf der Sechs über den Stadtfunk.

Nach dem Friedensgebet formierte sich auf dem Karl-Marx-Platz der Demonstrationzug um den Leipziger Ring. Es war ein beglückendes Gefühl, schweigend und innerlich erregt am Runden Eck vorbeizuziehen. Dort standen die Soldaten aufgereiht mit Helm, Schild und Schlagstöcken, um das Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung zu schützen. Nichts passierte. Von beiden Seiten erfolgten keine Übergriffe. Erleichterung trat bei allen ein, als das neue Rathaus erreicht war und die Straßenbahn mit ihren Bimmelgeräuschen vorbeifuhr. Aus der Bahn winkten jubelnde Fahrgäste. – Ich will nicht verheimlichen, dass bei mir die Angst dominierte. Ich habe immer gesehen, schnell fliehen zu können, wenn die Sicherheitsorgane zuschlagen sollten. Ich wollte keinen Schlagstock über den Kopf bekommen.¹⁸

¹⁸ Im Frühjahr 1989 wurde ich zweimal am Kopf wegen eines subduralen Hämatoms operiert. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch krankgeschrieben.

Dienstag, 10. Oktober

In der überfüllten Friedensbibliothek Zwickau berichtete ich von den friedlichen Leipziger Ereignissen. Sie war eine Einrichtung des Konziliaren Prozesses¹⁹ auf der Ossietzkystraße. Nach meinem Augenzeugenbericht wurde beschlossen, synchron zu dem Leipziger Friedensgebet ein ähnliches in Zwickau durchzuführen, um so Solidarität auszudrücken, die Leipziger Situation zu entlasten und eigene Akzente zu setzen. Dafür bildete sich ein Vorbereitungsteam mit Pfarrer Thomas Storl (OV „Kammer II“) und Uwe Wendt (OV „Gehilfe“), der Puppenspielerin Susanne Trauer (OV „Konzept“), der Gemeindegewerkin Ulrike Dressel-Backofen (OV „Konfrontation“), dem katholischen Landwirt Dirk Schöwe, Maja Berger aus Dresden und mir.

An diesem Abend legten wir fest, uns am Freitag in der Wohnung von Pfarrer Storl zu treffen, um das Friedensgebet für den kommenden Montag vorzubereiten. Bis dahin sollte in Erfahrung gebracht werden, in welcher Kirche von Zwickau dieses Friedensgebet stattfinden könnte. Gedacht war an den zentral gelegenen Dom. Wir machten uns aus, ständig in telefonischer Verbindung zu bleiben, um über die wechselnde Situation informieren zu sein.

Mittwoch, 11. Oktober

Pfarrer Storl brachte in Erfahrung, dass der Kirchenvorstand vom Dom am kommenden Freitag tagen wird. Bis dahin sollte er dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes Pfarrer Hübler den Antrag auf Genehmigung und die Konzeption des Friedensgebets vorlegen. Da offen war, ob der Kirchenvorstand dem Anliegen zustimmen würde, sprach Pfarrer Storl mit den Pfarrern der Paulusgemeinde. Sie erteilten sofort eine Zusage, da sie bereits montags um 18 Uhr eine Andacht angesetzt hatten. Pfarrer Storl kam mit den Paulusparrern überein, sollte im Dom kein Friedensgebet stattfinden dürfen, würde es um 18 Uhr in der Pauluskirche sein.²⁰

Nach dem Mittagsgebet 13 Uhr brachten Susanne Trauer und ich einen Aushang an einem Fenstergitter des Domes an: „Freiheit für die Inhaftierten“. An Blumensträußen, die wir ans Plakat banden, hingen kleine Zettel mit Bibelsprüchen. Sie erinnerten an die Verletzten und Verhafteten bei den letzten Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Plauen.

Donnerstag, 12. Oktober

Ich ging ins Rathaus und sprach beim Stellvertreter des Bürgermeisters und Vorsitzenden der Abteilung Inneres Rolf Stowasser vor. Ich berichtete ihm von der explosiven Situation der Bevölkerung und schlug vor, mich für einen Dialog zwischen der Zwickauer Stadtführung und dem Konziliaren Prozess einzusetzen. Herr Stowasser lehnte jedoch dieses Ansinnen ab. Am nächsten Tag sei bereits ein kurzfristig anberaumtes Gespräch mit Oberbürgermeister Fischer, dass von den beiden Superintendenten Mieth und Walther sowie von Dekan Hoffmann gewünscht wurde, geplant. Die Basisgruppen und die Bevölkerung erfuhren davon, als der Bericht von der Begegnung am Sonnabend in der Zeitung „Freie Presse“ stand.

Freitag, 13. Oktober

Am Vormittag kam das Vorbereitungsteam für das Friedensgebet in der Wohnung von Pfarrer Storl Domhof 9 zusammen. Da jede Erfahrung mit Gottesdiensten und Friedensandachten hatte, war rasch der Ablaufplan und die Verantwortlichkeiten festgelegt. Gewählt wurde das Thema: „Gewalt und Gewaltlosigkeit“ und als Ort der Dom favorisiert. Um 17 Uhr sollte das

¹⁹ Erwin Killat begann im September 1987 die einzelnen alternativen Basisgruppen in Zwickau zu sammeln und führt sie im Konziliaren Prozess zusammen. Ein Jahr später, am 1. September 1988, wurde die Friedensbibliothek im Gemeindesaal der evangelischen Kirchgemeinde Neuplanitz eröffnet.

²⁰ In der Paulusgemeinde waren die Pfarrer Pfarrer Wolfgang Banert und Jochen Zimmermann. Banerts Haltung war: „Wir haben die Not des Volkes. Es muss gebetet werden, dass es im Himmel klingelt.“

Friedensgebet sein. Wenn der Kirchenvorstand vom Dom keine Zustimmung erteilen würde, sollte für 18 Uhr nach Paulus eingeladen werden.

Pfarrer Storl bemühte sich nach 12 Uhr zweimal telefonisch, mit Pfarrer Hübler über das Ergebnis des Vorbereitungsteams zu reden. Pfarrer Hübler war nicht bereit, Pfarrer Storl anzuhören und legte den Hörer auf. Das Team ging auseinander. Ich versprach zu versuchen, das Anliegen des Konziliaren Prozesses vor den Kirchenvorstand zubringen, einen Organisten für das Orgelspiel zu gewinnen und entsprechende Tontechnik zu organisieren. Jeder sollte auf seine Weise das Ergebnis des Vorbereitungsteams weitersagen: Am Montag treffen wir uns 17 Uhr vor dem Dom. Wenn er geöffnet wird, findet das Friedensgebet dort statt. Sonst werden wir zu der 3 km entfernte Pauluskirche laufen, in der wir zum Friedensgebet herzlich willkommen sind.

Nach einer Mittagspause rief ich Pfarrer Hübler an. Er war empört und aufgeregt über meine Aktivitäten während meiner Krankheit. So etwas dürfe nicht sein. Von Kantor Kreisel habe er bereits gehört, dass das Friedensgebet im Dom stattfinden soll. Das sei eine Unverfrorenheit und Erpressung, die ihn unter Druck setzte. Deshalb würde er alles unternehmen, das Friedensgebet nicht stattfinden zu lassen – „nur über meine Leiche!“ Er wäre außerdem am letzten Sonntag erneut wieder in den Dom eingewiesen worden. Ein Anruf von ihm genüge und alles könnte rückgängig gemacht werden. Dann legte er den Hörer auf.²¹ Ich hatte keine Gelegenheit, die detaillierten und konkreten Umstände zu erklären.

Ich setzte mich mit Kantor Kreisel wegen des Organistendienstes in Verbindung. Er weigerte sich, zum Friedensgebet zu spielen, aber er hätte nichts dagegen, einen anderen Orgelspieler dazu zu bitten. Darauf rief ich den Verfahrenstechnik-Ingenieur Arnim Boitz an, einen Hilfskantor, ob er spielen könnte. Er sagte sofort zu. Beim Jugendpfarramt, das eine entsprechende Tontechnik besaß, fragte ich nach, mir diese für das Friedensgebet auszuleihen. Es wurde mir eine Absage erteilt, da das Friedensgebet eine politische Sache sei. Dafür stehe ihre Technik nicht zur Verfügung. Daraufhin wurde die Beschallung bereitwillig und kostenlos von engagierten Bürgern aus der Stadt installiert.

Wie sollte der Antrag in den Kirchenvorstand kommen? Ich telefonierte mehrmals mit dem Stellvertreter des Kirchenvorstandes, Alfred Brunner. Er erklärte sich bereit, das Anliegen des Konziliaren Prozesses vor den Kirchenvorstand zu bringen. Ich schrieb dem Kirchenvorstand einen Brief. Darin legte ich die biblisch-theologische Notwendigkeit eines Friedensgebetes dar und sprach die dringende Bitte aus, in der angespannten Situation dem Konziliaren Prozess zu erlauben, im Dom ein Gebet abzuhalten und Gott um Frieden zu bitten. Dem Brief fügte ich die erstellte Verlaufsskizze und die Aufstellung der Verantwortlichkeiten hinzu. Die Schreiben habe ich Herrn Brunner übergeben, und er ging damit in den Kirchenvorstand.

Über der Sitzung schwebte die Angst, dass nach dem Friedensgebet demonstriert werden könnte und die bewaffneten Staatsorgane gegen die sich versammelten Bürger vorgehen könnten wie im Sommer in Peking oder vor einigen Tagen in Dresden, Leipzig und Plauen. Der Einsatz dieser Kräfte könnte eskalieren und zu Blutvergießen führen. Die Kirchenvorsteher spürten ihre Verantwortung. Sie sahen sich als Zünglein an der Waage der Geschichte. Die Diskussionen und Entscheidungen waren von tiefer Sorge um die Zukunft bestimmt. Sie wollten eine Konfrontation verhindern und rangen um Erhalt des Status quo. Superintendent Mieth hatte am Vormittag im Gespräch beim Oberbürgermeister versprochen, eine Demonstration zu verhindern. Er wollte nicht wortbrüchig werden. Die Basisgruppen hatten längst die Ängstlichkeit abgelegt, denn die Zeit war reif, sich der totalitären

²¹ Pfarrer Hübler wollte vor Ablauf der festgeschriebenen 5 Jahre die Domgemeinde wegen der laufenden Auseinandersetzungen verlassen. Er war bereits als Pfarrer in die Gemeinde Zöblitz gewählt und abgeordnet worden. Auf konspiratives Betreiben der Staatsorgane, der Stasi und des Kirchenvorstandes hat er den Weggang rückgängig gemacht. Dazu kam, dass ich seit dem Frühjahr erkrankt war. Von der Neueinweisung habe ich nichts gewusst.

Staatsmacht mit friedlichen Mitteln entgegen zu stellen. Sie drängten auf Reformen, forderten Veränderungen und wagten öffentlichen Protest.

Die Debatte des Kirchenvorstands ging über 4 Stunden. Im Protokollbuch sind nur magere Stichpunkte festgehalten, die die heiße Diskussion erahnen lässt:

- der Kirchenvorstand ist nicht gefragt worden, dass ein Friedensgebet im Dom stattfinden soll;
- diese Vorgehensweise wird missbilligt;
- für den Kirchenvorstand und Pfarrer Hübler ist diese Situation unerträglich;
- einstimmiger Beschluss, Superintendent Mieth muss mit Käbisch ein Gespräch führen;
- das Friedensgebet darf ausnahmsweise nur einmal am 16. Oktober stattfinden;
- die verantwortliche Gruppe soll einen Turnus mit anderen Kirchen suchen, wenn das geschehen ist, dann könnte es wieder im Dom sein;
- staatliche Vertreter sollen eingeladen werden;
- kein Plakat, keine Beschilderung, keine Einladung.

Sonnabend, 14. Oktober

Da sich Herr Brunner nicht meldete, rief ich ihn zur Mittagszeit an. Er war entrüstet, stinksauer und von mir enttäuscht, da ich unlautere Mittel einsetzte. Er wäre missbraucht worden, denn ich hätte Hintergründe verschwiegen. Ich war erleichtert zu hören, dass der Kirchenvorstand die einmalige Zustimmung für das Friedensgebet erteilt hatte aber ohne Plakatierung. Diese erfreuliche Nachricht habe ich sofort telefonisch weitergegeben.

Jahre später erfuhr ich aus den Stasi-Akten, dass Pfarrer Hübler und Herr Brunner am Vormittag ein Gespräch mit Oberbürgermeister Fischer und Herrn Stowasser hatten. Die beiden Kirchenvorsteher haben die Staatsorgane von der letzten Sitzung und dem geplanten Friedensgebet unterrichtet. Der Konziliare Prozess habe den Kirchenvorstand vor die vollendete Tatsache gestellt. Damit es nicht zu einer Demonstration zu einer anderen Kirche käme, sei dieses Friedensgebet im Dom genehmigt worden. Dadurch hätten sie die Möglichkeit, auf die Veranstaltung einzuwirken und sie in Ruhe und Ordnung durchzuführen. In diesem Gespräch wurden die weitere gemeinsame Vorgehensweise und die gegenseitige Information besprochen. Superintendent Mieth war an diesem Tag in Dresden. Ihm sollte nach seiner Rückkehr nochmals gesagt werden, dass er alles tun solle, Konfrontationen zu verhindern und beruhigend einzuwirken.

Sonntag, 15. Oktober

Nach dem Gottesdienst stand der Superintendent vor meiner Tür und musste mich unbedingt sprechen. Obwohl beide Wohnungen im Pfarrhauskomplex Wand an Wand liegen, hatte er mich in den letzten 5 Monaten während meiner Krankheit nicht besucht. Er kam nicht als Pfarrer und Seelsorger, was die ureigenste Aufgabe eines Superintendenten sein sollte, sondern im Auftrag des Kirchenvorstandes, um die Kirchenvorstands-Missbilligung auszusprechen. Meine Unverantwortlichkeit schadete der Gemeinde und der Kirche. Er hielt mir das unbrüderliche Verhalten gegenüber dem Kirchenvorstand und die Unverantwortlichkeit meines politischen Handelns vor. Er teilte mir mit, mich damit abzufinden, wenn es zu einer Abstimmung über das Bleiben im Amt am Dom zwischen Hübler und mir kommen werde, ich fallengelassen würde und die Domgemeinde verlassen müsste. Sie hätten schon zuviel mit mir durchgemacht. Er werde alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration und einer gewalttätigen Auseinandersetzung komme.

Montag, 16. Oktober

Nachdem Superintendent Mieth in den Morgenstunden ein Gespräch mit dem Vorsitzenden

des Rates des Kreises Herrn Rolf Saalfrank hatte, ist durch eine Schnelleinladung des Superintendenten die „Konferenz des ökumenischen Stadtkonventes“ in der Superintendentur zusammengetreten. Es sei der Wunsch des Landesbischofs Johannes Hempel, ein Friedensgebet im Dom stattfinden zu lassen. Es sollte verhindert werden, dass Bürger nach Leipzig fahren und dort eine Konzentration entsteht. Die Laien und die Basisgruppen, die die Initiatoren des Konziliaren Prozesses und des Friedensgebete waren, sind nicht geladen worden. Sie haben erst später von der Zusammenkunft und den einschneidenden Beschlüssen der Amtsträger erfahren:

- Superintendent Mieth übernimmt die Schirmherrschaft über das 1. Friedensgebets;
- die kommenden Friedensgebete werden „Ökumenisches Friedensgebete“ genannt;
- sie werden im Rotationsprinzip in allen Stadtkirchen, nachdem die gemeindlichen Entscheidungsgremien zugestimmt haben, stattfinden;
- der Ortspfarrer übernehmen das Kanzelrecht;
- der Kirchenvorstand der einzelnen Gemeinden haben die Friedensgebete zu verantworten;
- der Konziliare Prozess liefert die aktuellen Informationen;
- die nächste Vorbereitung des Ökumenischen Friedensgebetes erfolgt in der Sakristei der Lutherkirche.²²

Mit diesem Beschluss waren die Basisgruppen und der Konziliare Prozess kirchenjuristisch aus dem Friedensgebet herausgenommen und trugen keine Verantwortung. Die Laien wurden zur Informationsbeschaffung gebraucht und zu Statisten degradiert. Damit hat die Institution Kirche das Friedensgebet okkupiert. Das erste Friedensgebet am 16. Oktober 1989 war das einzige, dass von der Basis gewollt, vorbereitet, organisiert, getragen und verantwortet wurde – trotz der nachträglichen Schirmherrschaft des Superintendenten. Es war ein Friedensgebet von unten. Während des ersten Friedensgebetes im Dom war auch das Symbol der brennenden Kerze hinter Stacheldraht aufgestellt worden. Es hat die Phase der friedlichen Revolution in Zwickau eingeleitet.

Von nun an öffneten Pfarrer und Kirchenvorstände, die den Status quo und das gute Staat-Kirche-Verhältnis eigentlich erhalten wollten, ihre Kirchen für die Friedensgebete. Es standen auch solche Pfarrer auf der Kanzel, die sich nie mit den Gedanken des Konziliaren Prozesses auseinandergesetzt hatten. Die Amtskirche hat das Friedensgebet nach ihren Vorstellungen verwaltet. Die Pfarrer waren von Amtswegen zur Predigt verpflichtet, aber ihre Verkündigung war oft nicht stimmig und kam nicht von Herzen. Was sie sagten, das deckten sie mit ihrem eigenen Leben nicht ab. Trotzdem sind diese „kirchlichen Würdenträger“ (staatliche Bezeichnung für Pfarrer) ungewollt zu Gehilfen der anbrechenden Demokratie geworden. Die

²² Der CDU-Pfarrer Theodor Polster fertigte eine Dokumentation von den „Ökumenischen Friedensgebeten“ am 5.5.1990 an; in: Archiv Käbisch. Polster schilderte, dass an diesem Montag Pfarrer aus dem Bereich der ev.-luth., der ev.-meth. und der röm.-kath. Kirche zusammengekommen waren, die ihre Bereitschaft signalisierten, sich in der bestehenden, kritischen, innenpolitischen Situation für den Gedanken eines Bittgottesdienstes zu öffnen. In dieser Besprechung ist festgelegt worden, dass das zweite Friedensgebet am 23. Oktober in der Lutherkirche stattfinden soll, in der Polster selbst Pfarrer war. Die Vorbesprechung dieses Friedensgebetes fand in der Sakristei der Lutherkirche aus Angst vor dem Abhören am 19. Oktober statt. Susanne Trauer, Ulrike Dressel, Dirk Schöwe und ich haben davon gehört. Wir sind ohne Einladung dorthin gegangen und protestierten wegen der kirchlichen Vereinnahmung des Friedensgebetes. In der Dokumentation steht, dass wir vom Konziliaren Prozess aufmuckten und uns gegen die Absprache des Pfarrerkreises stellten. Es wurde auch geäußert, der Pfarrerschaft sei das Friedensgebet von der Situation aufgenötigt worden. Nach einer Diskussion sahen wir ein, dass es kirchenjuristisch keine andere Möglichkeit gab und meinten dann, ein Schulterschluss ist entstanden. Am nächsten Tag ist Polster auf Wunsch des Dompfarrers Hübler ebenfalls ins Rathaus gegangen und hat den Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herrn Stowasser im Beisein vom Abteilungsleiter Jürgen Willig über den Ablauf des Friedensgebetes unterrichtet und erklärt, dass er mit dem Kirchenvorstand als Veranstalter Sorge tragen werde, dass das „Friedensgebet in Ruhe und ohne Vorkommnisse ablaufe.“ In: PI 618/89, BStU C-ACG-406, Bd. 1, Bl. 145 f.

Struktur der Institution Kirche konnte auf den friedlichen Verlauf einwirken. Die Kirche wurde zu einer Art Katalysator. Das war für die weitere Entwicklung wichtig.

Ich sehe in diesem Beschluss der Pfarrer den Anfang einer Bewegung, an deren Ende die Basisgruppen der Kirche den Rücken kehrten. Sie wurden entmündigt. Sie hatten immer das Gefühl, in der Kirche nur geduldet zu sein. Jedoch brauchten sie das schützende Dach der Kirche.

Nach Ende des Stadtkonventes kam der Superintendent auf mich zu und untersagte mir, zum Friedensgebet teilzunehmen. Als Grund gab er an, meine Anwesenheit würde die Staatsorgane reizen. Ich sollte den Kirchenvorstand nicht weiter provozieren, denn was er aufbaue, würde ich kaputt machen. Der Superintendent erteilte mir Hausverbot an dem Ort, an dem ich als Pfarrer berufen und eingesetzt wurde. Ich durfte am Gottesdienst, der zu den ureigensten Aufgaben eines Pfarrers gehört, nicht teilnehmen. Ich beachtete seine Anordnung und fuhr mit meinem Sohn David zum Friedensgebet nach Leipzig. Meine Frau bat ich, an meine Stelle in den Dom zu gehen.

Ich möchte hier an die vielen mutigen Leute erinnern, die sich in Basisgruppen zusammenschlossen und ihren historischen Platz einnahmen. Von Michail Gorbatschows Glasnost und Perestroika ermutigt, drängten sie auf Veränderung und Demokratisierung. Ich lernte keinen kennen, der die DDR abschaffen wollte. Ihr beharrliches Kämpfen führte mit zur Staatskrise und löste die umfassende Verwandlung der Gesellschaft aus, die nicht erst mit den Massendemonstrationen im Oktober 1989 begann. Jedoch in der neuen Gesellschaft wurden diese Leute nicht mehr gebraucht. Ein Bild soll das verdeutlichen. Die Basisgruppen waren vergleichbar der Hefe bei der Weinherstellung. Die Hefe bringt die Maische zum Gären. Damit tritt der Prozess einer Umwandlung ein. Zuerst verläuft er stürmisch, aufwallend und überschäumend. Dann wird er ruhiger und gärt gleichmäßig, bis der gesamte Fruchtsaft zu Wein verwandelt ist und zu gären aufhört. Damit es ein edler Wein wird, muss der ganze Trub (Hefe) beseitigt werden. Dabei werden mehrfach die Verfahren des Durchsiehens und des Umstiches angewandt, bis der Wein blank ist und mundet. Die Hefe der Wende waren die Laien, die Basisgruppen und der Konziliaren Prozess, die wie unruhige Geister die Gesellschaft durchsetzten. Der Einsatz, der Mut und das Risiko dieser Leute haben mit dazu geführt, dass die sozialistische DDR, die eine Diktatur und ein totalitärer Staat war, friedlich und gewaltfrei verändert wurde. Sie haben mehr als ihre Pflicht getan. Sie haben Geschichte gemacht.

3. Die besondere Stasi-Akte „Kammer“ und Visionen

Es waren wieder mutige Leute, die sich auch 1990 friedlich für das Gesetz eingesetzt haben, dass es so in der Weltgeschichte noch nie gab. Es ist das Stasi-Unterlagen-Gesetz.²³ Damit ist legal möglich geworden, die Vorgehensweise der Stasi zu erkennen, zu erforschen und aufzudecken. Jeder, der den Antrag stellt, kann in seine persönlichen Unterlagen, die über ihn angelegt wurden, einsehen. Er kann auch einen entsprechenden Antrag auf Forschung stellen. Nach Genehmigung können dann die Methoden, die Machenschaften, die Intrigen, die Maßnahmenpläne, die Unverfrorenheit, die Doppelbödigkeit, die Gewalt, das Unrecht, die

²³ Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG) vom 20. Dezember 1991. Im Herbst 1990 haben Bärbel Bohley mit einigen Mitstreitern die ehemalige Stasizentrale in der Berliner Normannenstraße mit der Forderung besetzt, dass die Stasi-Akten geöffnet werden. Dieses couragierte Handeln und die Solidarisierung mit dieser Aktion haben mit dazu geführt, dass der Bundestag dieses Gesetz verabschiedete. Mein Brief an Bohley vom 12.9.90 in die Normannenstraße; Archiv Kabisch.

Zersetzungen... der Stasi wissenschaftlich aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im Jahre 1992 habe ich einen Forschungsantrag gestellt, der mir genehmigt wurde. Seitdem versuche ich unter dem Thema: „Verhältnis des MfS zur Evangelischen Kirche“, das Kapitel der Kirchengeschichte aus der DDR aufzuarbeiten. Tatsache ist, dass es neben der offiziellen Geschichte der Kirche, die sich sehen lassen kann, noch eine inoffizielle gibt. Das ist eine peinliche Geschichte für die Amtskirche, aber sie gehört auch zur Wirklichkeit des Christseins. Denn unser Glaube sagt, dass jeder simul justus et peccator (sowohl ein Gerechter als ein Sünder) ist. Die konspirative Geschichte bleibt gefährlich, wenn sie nicht aufgedeckt, öffentlich gemacht und zu ihr gestanden wird. Sonst geht sie weiter und richtet weitere Schäden an. Im Aufdecken besteht die Chance, derartige geheimen Machenschaften zu verhindern und Vertrauen durch Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit zu schaffen. Mein Alltag als Pfarrer war überschattet von der Beeinflussung der Stasi, die nicht nur von IM's, sondern durch eigene Kirchenleute geschah. Neben dem eigenen OV „Kontrahent“ ist am 15. Juli 1988 zusätzlich der OV „Kammer“ eröffnet worden. So begann innerhalb der Domgemeinde eine weitere inoffizielle, geheime und konspirative Geschichte gegen mich. Sie war von der Stasi planmäßig gesteuert und auf Langzeitwirkung angelegt. Differenzierung und Zersetzung wurde von den eigenen Leuten „demokratisch“ praktiziert. Die Stasi-Akte trägt zwar die Bezeichnung „OV“, aber sie kann nur wie eine IM-Vorgang gelesen, verstanden und ausgewertet werden. Der Kirchenvorstand und der Superintendent, die eine Obhuts- und Fürsorgepflicht auch über die Pfarrer haben, wurden für die Ziele der Stasi missbraucht. Die Einflussnahme geschah nicht direkt über die hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter, sondern verdeckt über gesellschaftliche Kräfte oder IM's. Der OV „Kammer“ knüpfte nicht an eine begangene oder zu erwartende Straftat nach dem Strafgesetzbuch der DDR an, was die Voraussetzung für das Anlegen eines OV's war, sondern beschreibt lediglich das Ziel dieses Vorganges. Im Maßnahmenplan stand: „Mehrheiten für entsprechende Beschlüsse gegen das Wirken von Pfarrer Dr. Käbisch kalkulierbar zu machen“ und „Maßnahmen einzuleiten, die es erreichen, daß ... (Name anonymisiert) seine Position der Ablehnung festigt und aktiv gegen Pfarrer Dr. Käbisch vorgeht.“²⁴ In gleicher Weise sollte Superintendent Mieth zu konkreten Handlungen veranlasst werden, gegen mich vorzugehen. Folgende Vorgehensweise, die vom Stellvertreter der Stasi-Bezirksverwaltung Oberst Schaufuß entwickelt und unterzeichnet wurde, ist dokumentiert.

Zuerst sind vertrauliche Beziehungen zu einflussreichen Kirchenvorstehern hergestellt worden. Der Vorsitzende Pfarrer Hübler fand im Referenten für Kirchenfragen Herrn Zöphel einen Gesprächspartner, mit dem er über alles reden konnte. Die Weltpolitik, innerkirchliche Probleme und auch private Angelegenheit gehörten dazu. Der Kirchenreferent war zugleich der IME „Ludwig“. Er hatte von der Stasi für diese Begegnungen und Gespräche konkrete Aufträge und Konzepte. Die Gesprächsprotokolle musste er schriftlich für die Stasi abfassen, die dann von ihr entsprechend analysiert und ausgewertet wurden. Sie bildeten die Grundlage für weitere Maßnahmen. Von diesem Hintergrundgeschehen hat Pfarrer Hübler nichts gewusst, aber er hätte das ahnen können, wenn er sich einem staatlichen Vertreter, der auf die Kirchenfragen spezialisiert war, anvertraute. Er war in der damaligen Situation froh, beim Referenten einen Gesprächspartner zu haben und ein offenes Ohr für alle seine Probleme. Zöphel wurde nicht nur zu einem Gesprächspartner, Freund und Vertrauten, sondern fast zu einer Art Seelsorger.

In ähnlicher Weise hat sich der Direktor der Ingenieurhochschule Zwickau Professor Horst Aurich um seine beiden Mitarbeiter den Wartungsingenieur Alfred Brunner und den Oberassistenten Dr. Heinz Fritzsch gekümmert. Sie waren im Kirchenvorstand. Aurich war IME „Winkler“ und hat gewissenhaft die entworfenen Gesprächskonzeptionen der Stasi in die

²⁴ Eröffnungsbericht zum OV „Kammer; Reg. Nr. XIV 1640/88, Bl. 1 f und Bl. 23 ff. Der Bericht ist als Dokument im Anhang zu finden.

Realität umgesetzt. Es waren stets Einzelgespräche. Der SED-Direktor zeigte plötzlich größtes Interesse am Domgeschehen und wusste über innerkirchliche Spannungen und Auseinandersetzungen Bescheid. Er baute auf Brunner's und Fritsch's ehrliche und christliche Einstellung. Er erinnerte sie an ihr progressives Verhalten und Auftreten und appellierte an sie, das gute Staat-Kirche-Verhältnis nicht kaputt gehen zu lassen. Sie sollten keinen Missbrauch des Domes bei den A-Gottesdiensten zulassen, den Dom nicht zur „Zionskirche“ werden lassen und auch die Aktivitäten des Konziliaren Prozesses zurückdrängen. Deshalb sollten sie sich im Kirchenvorstand einsetzen, derartige Dinge und Machenschaften zu unterbinden. Über diesen Weg, über dem sogleich eine arbeitsrechtliche Abhängigkeit bestand, wurde auf die Meinungsbildung, die Entscheidungsfindung und das Abstimmungsverhalten der Kirchenvorsteher Einfluss genommen. Das war von Erfolg gekrönt. In einem aktuellen operativen Sachstandsbericht konnte bereits nach 4 Monaten an den Leiter der Bezirksverwaltung Generalleutnant Gehlert gemeldet werden, die beiden Kirchenvorsteher haben bewirkt, Aktivitäten des Konziliaren Prozesses zu bremsen und die Absetzung der A-Gottesdienste am Dom zu betreiben. Jedoch auf Intervention des Superintendenten hin sind die Gottesdienste beibehalten worden. Die freiwillige Information an den Oberbürgermeister wegen des 1. Friedensgebetes am Dom kann ebenfalls als Erfolg angesehen werden.

Superintendent Mieth ist zu häufigen Gesprächen mit den Staatsorganen, die von der Stasi ebenfalls vorbereitet und konzipiert waren, geladen und dabei abgeschöpft worden. Er wurde nach seiner Haltung zum Konziliaren Prozess, zur Friedensbibliothek und zu mir gefragt. Die angefertigten Gesprächsprotokolle sind von der Stasi ausgewertet und zu neuen Maßnahmen benutzt worden. Zu den Gesprächen hat sich der Referent für Kirchenfragen vom Bezirk Steffen Klemm eingeschaltet, der zugleich ein Offizier im besonderen Einsatz der Stasi war. Mieth hatte anfänglich Bedenken wegen der Überschreitung der bestehenden Gesprächsebene, aber er hat dann Klemm akzeptiert.²⁵ Mieth wurde von der Stasi als Schirmherr bezeichnet und von der Pfarrerschaft beim 1. Friedensgebet so bezeichnet. Er hatte bestimmte Rechte, die an das alte römische Prinzip *divide et impera* (teile und herrsche) erinnern. Er erhielt Informationen und Hintergründe, die er fast nur für sich behielt und selten kirchlicherseits auswertete. Es wurde auf ihn eingewirkt, gegen den Konziliaren Prozess vorzugehen und besonders die Friedensbibliothek zu schließen. Er durfte die Härtefälle der A-Leute dem Rechtsanwalt Dr. Wetzig vortragen und wurde somit privilegiert.

Eine indirekte Beeinflussung von Mieth durch die Stasi wurde deutlich aus den Stasi-Akten vom methodistischen Superintendenten Walther. Walther fand im Leiter der Bezirksverwaltung der Stasi Siegfried Gehlert einen Freund. Beide besuchten sich gegenseitig und tauschten sich auch über kirchliche Belange aus. Gehlert hat aus der Freundschaft eine konspirative Beziehung als IMB „Waldemar“ ohne Verpflichtungserklärung gemacht, sonst hätte er in seiner Stellung nicht mit einem kirchlichen Würdenträger verkehren können. Walther wurde operativ genutzt und hat sich sicherlich benutzen lassen, auf Mieth Einfluss zu nehmen bzw. von ihm entsprechende Hintergrundinformationen zu erhalten. Die Stasi sah realistisch die sich zuspitzende innenpolitische Lage. Die Zwickauer Basisgruppen besaßen eine Vorreiterrolle im DDR-Maßstab und waren nicht „in den Griff zu kriegen“. Die Stasi wollte Gespräche, die aber die elitäre SED-Führung ablehnte. Deshalb hat sie wahrscheinlich den Wunsch, mit dem Bürgermeister der Stadt Zwickau in einen Dialog zu treten, über Walther an Mieth herangetragen. Es sollte ein gesteuerter Verlauf der Entwicklung vereinbart und eine Demonstration verhindert werden. Weiterhin könnte es ganz im Sinne der Stasi

²⁵ Zur Gesprächsebene gehörte, dass der Pfarrer mit dem Stadtrat, der Superintendent mit dem Oberbürgermeister und das Landeskirchenamt mit dem Rat des Bezirkes sprach. Klemm versuchte Mieth eine wertvolle Kristallvase zu schenken, die Mieth nicht annahm, denn er hat sich korrekt an die kirchliche Verordnung, keine Geschenke anzunehmen, gehalten. Mieth bemühte sich, bei den Gesprächen möglichst nie allein hinzugehen und nahm sich kirchliche Begleiter mit.

gewesen sein, die Friedensgebete aus den Händen der Basisgruppen zu nehmen und sie nicht nur auf den Dom zu konzentrieren. Im entstandenen Rotationsprinzip lag vielleicht die Absicht versteckt, dass sich die Friedensgebete verlaufen werden.²⁶ Jedenfalls ist eine Spaltung zwischen dem Schirmherrn Mieth und der Basisgruppen geschehen. Das war ganz im Sinne der Stasi. Die Basisgruppen waren ein unkontrollierbarer Unsicherheitsfaktor. Dagegen war die Kirche mit ihren Würdenträgern kalkulier- und berechenbar. In ihr gab es Pfarrer, die von der Stasi als „progressiv“ eingeschätzt wurden.²⁷ Mieth's Wunsch, umgehend mit den Gruppen des Konziliaren Prozesses Gespräche zu führen, kam durch die sich überschlagenden Ereignisse nicht mehr zustande.

Gott sei Dank kam der Herbst 89, denn bis dahin hatte die Stasi ihre konspirative Einflussmöglichkeit eingefädelt, ausgebaut und perfektioniert. Ihre Konzeption der Maßnahmenpläne begann zu greifen und hatte die erzielte Wirkung. Die Geschehnisse am Dom konnten über angebliche „demokratische Beschlüsse“ dirigiert und beeinflusst werden. Auch das Landeskirchenamt in Dresden ist in diesem Prozess der Einflussnahme mit eingeschaltet worden. Das wahre Ausmaß bedarf noch einer eingehenden Untersuchung.

An dieser Stelle möchte ich besonders Pfarrer Hübler erwähnen und seine christliche Haltung hervorheben. Er ist die einzige Person, die sich im Prozess der Aufarbeitung für sein Verhalten öffentlich entschuldigte. Das lässt hoffen und sollte zur Nachahmung anspornen.

Der Titel und Inhalt des Buches von Dorothee Sölle „Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde“ haben mich nicht nur vor 1989 fasziniert. So wage ich auch 7 Visionen auszusprechen:

1. Es ist die Vision der Wahrheit, die öffentlich über Verstrickung, Verrat und Verletzung spricht. In diesem Geschehen kann ausgesprochene Schuld vergeben werden. Das führt zur Heilung der Gesellschaft!
2. Es ist die Vision der Gerechtigkeit, die Verletzungen von menschlichen Werten und christlichen Tugenden empfindet und ausspricht. Das führt zur neuen Qualität der DDR-Aufarbeitung!
3. Es ist die Vision der Zivilcourage, die den protestantischen Glauben lebt und Nachteile nicht scheut, wenn es um die Grundrechte und Freiheiten der Menschen geht. Es gibt viel zu tun!
4. Es ist die Vision der Solidarität, die mit der Dynamik rechnet, wenn einer für den anderen eintritt. Das Verlangen nach Solidarität ist groß!
5. Es ist die Vision des Daseins für andere, in der die Kirche beginnt aufzuhören, nur mit sich selbst zu beschäftigen. So entsteht Hoffnung bei den Suchenden!
6. Es ist die Vision des aufrechten Ganges, bei der jeder seine Rede und sein Leben nach den Worten Jesu ausrichtet: „Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.“

²⁶ Aus der Aktennotiz vom Rat des Kreises vom 17.10.89; in: Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Reg. Nr. 19788, ohne Seitenzahl. In der IM-Akte „Waldemar“ ist an 5 Stellen von einem IM „Geier“ zu lesen, der die Quelle dieser Informationen ist. BStU Chemnitz XIV 1866/82, Bd. I, II, Bl. 129 und Bd. II, I Bl. 96. Mehrfach habe ich mit Mieth gesprochen und ihn gefragt, mir konkrete Auskunft über die Ereignisse, Gespräche und Vereinbarungen der Tage im Umfeld des 1. Friedensgebetes zu geben, um diese einmalige Zeit für die Nachwelt zu dokumentieren. Er verweigerte mir jegliche Auskunft, so dass ich die Ereignisse nur aus meiner Sicht schildern und aus den schriftlichen Dokumenten zitieren kann, die aber sehr lückenhaft sind. Ein Grund der spärlichen Dokumentation liegt bestimmt daran, es fehlte damals den Staats- und Stasi-Organen die Zeit und Ruhe, weil sich die Ereignisse überschlugen. In den geführten Gesprächen mit dem Leiter der Stasi-Bezirksverwaltung Gehlert wurde meine Sichtweise bestätigt.

²⁷ Die Stasi-Organen haben die Pfarrer in 3 Gruppen eingeteilt: Progressiv, loyal und feindlich-negativ. Diese Einteilung gehörte zu den Differenzierungsmaßnahmen, um Basisgruppen und Personen besser zu zersetzen, herauszubrechen und zu paralysieren; aus: „Das Wörterbuch der Staatssicherheit“.

Aufrichtigkeit tut not!

7. Es ist die Vision des Vertrauens. Vertrauen ist und bleibt die Wurzel des friedlichen Miteinanders. Jeder sehnt sich danach!

Literaturhinweis

- Behnke, Klaus/Fuchs, Jürgen (Hg.): Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienst der Stasi, Hamburg 1995.
- Bergmann, Christian: Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik, Göttingen 1999.
- Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin und Frankfurt am Main 1995.
- Besier, Gerhard/Wolf, Stephan (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991.
- Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definition des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1993.
- Engelbrecht, Sebastian: Kommunikationsgemeinschaft Kirche? Eine Studie zum kirchenleitenden Handelns in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1971-1989, Dissertation, Leipzig 1999.
- Grande, Dieter/ Schäfer, Bernd: Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR, Leipzig 1998.
- Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996.
- Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Berlin 1997.
- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.
- Schlichtenbrede, Katja: Alternative Gruppen in Zwickau in den 80er Jahren im Spannungsfeld von Staat und Kirche. Magisterarbeit, Leipzig 1999.
- Schmid, Josef: Kirchen, Staat und Politik in Dresden zwischen 1975 und 1989. Köln 1998.
- Süß, Sonja: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.
- Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
- Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996.
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 349, Bonn 1999.